

Kambodscha und Vietnam im sino-amerikanischen Wettstreit um Südostasien

Der Besuch von US-Außenministerin Hillary Clinton im Herbst 2010 in Südostasien spiegelt immer deutlicher den Machtkampf zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten von Amerika in der ganzen Region wider. Während ihrer Zwischenstation in Phnom Penh drängte Clinton Kambodscha in Gesprächen und öffentlichen Äußerungen dazu, sich nicht von einem einzigen Land abhängig zu machen und anstatt dessen überregionale Partnerschaften zu pflegen. Clintons Besuch folgt dem von US-Präsident Barack Obama ausgerufenen Ziel, den amerikanischen Führungsanspruch in Südostasien zu behaupten und einen Gegenpol zu Chinas steigendem Gewicht zu bilden.

Mehr oder weniger überraschend können die USA in dieser Konstellation die Sozialistische Republik Vietnam an ihrer Seite begrüßen. Der vietnamesisch-chinesische Gegensatz unter kommunistischen Vorzeichen reicht bis in die 70er Jahre, hat aber neben anderen divergierenden Interessen und Streitpunkten zuletzt durch das aggressive Vorgehen Pekings im südchinesischen Meer neue Nahrung erhalten. Kambodscha, speziell Premierminister Hun Sen, hat sich in den letzten Jahren zunehmend von seiner ehemaligen Besatzungsmacht emanzipiert und immer häufiger den Schulterschluss mit China gesucht.

Manch Beobachter fürchtet schon länger die Balkanisierung Südostasiens. Damit ist die zunehmende Desintegration gemeint, in der sich einzelne Staaten, gestützt von ihren mächtigen externen Verbündeten – konkret: pro China oder pro USA –, zunehmend feindlich gegenüberstehen könnten. Allgemeine politische Instabilität und wirtschaftlicher Abschwung wären dann noch die günstigsten Szenarien. Was aber auch möglich ist, hat sich – wie der Name schon deutlich macht – im ehemaligen Jugoslawien und im Libanon gezeigt. Eine interne Balkanisierung hat auch Kambodscha zwischen 1970 und 1993 selbst erlebt, mit den bekannten tragischen Konsequenzen.

Damit weder Kambodscha noch ganz Südostasien zum Spielball internationaler Mächte werden, bedarf es einer starken regionalen Staatengemeinschaft. Trotz ihrer relativen Schwäche sind Existenzberechtigung und Notwendigkeit einer politischen *Association of Southeast Asian Nations* (ASEAN) heute deutlicher denn je zu erkennen. Als Organisation wird sie die mitunter sehr unterschiedlichen Einzelinteressen – als Konsequenz teils extremer politischer, kultureller und soziökonomischer Heterogenität – ihrer Mitgliedsstaaten selbst jedoch nicht vereinen können. Vietnam als unmittelbarer Nachbar Chinas hat zweifellos ein großes Interesse an einer politisch geeinteren und durchsetzungsfähigeren ASEAN als bisher und könnte und müsste daher einer ihrer Motoren sein. Allerdings werden sich gewichtige Staaten wie Indonesien, Thailand und die Philippinen mit einem starken Vietnam erst dann arrangieren wollen, wenn Vietnam auch ein gesellschaftliches Gegenmodell zum repressiven China darstellt und sich politisch öffnet.

Ob der dazu notwendige „Hanoier Frühling“ aber in den nächsten Jahren kommen wird, steht in den Sternen. Hillary Clintons Besuch in Südostasien ist allerdings ein deutliches Zeichen, einen solchen Prozess zu fördern, und ganz umsonst wird Vietnam Amerikas Unterstützung keinesfalls erhalten. Und in diesem Fall könnte es unter Umständen sogar einen Gleichklang zwischen geopolitischen Interessen sowie dem Ruf nach Achtung der Menschenrechte und liberaler Demokratie geben, denn die Vereinigten Staaten wissen sehr wohl, dass ihre verlässlichsten Partner immer die stabilen Demokratien in allen Teilen der Welt – vielleicht nur mit der Ausnahme Indiens – sind und waren. Die außenpolitischen Konstellationen stehen, und das ist sicherlich schon etwas überraschend, also derzeit besonders gut, um sich für demokratische Werte in Indochina einzusetzen. Unabhängig davon, dass es zweifellos verfrüht wäre, die Dominotheorie unter umgekehrten Vorzeichen wieder auferstehen zu lassen, ist es gewiss ein Verdienst Clintons und Obamas, ihr Engagement für liberale und demokratische Prinzipien nicht defensiv in Angriff zu nehmen: Sie wollen diese Chance offensichtlich nutzen.

Gegen die beiden Schwergewichte USA und China fällt die Bedeutung der anderen internationalen Akteure ziemlich mickrig aus. Für die Europäische Union stellt die ASEAN, die von der EU als natürliche Partnerorganisation interregionaler

Kooperation auf ihrem Weg zu vertiefter Integration unterstützt wird, praktisch das letzte offene Hintertürchen dar, den sowieso schon marginal gewordenen Einfluss in der Region zu erhalten. Australien und Japan haben schon allein aus ihrer geographischen Nähe natürliche Interessen hinsichtlich politischer Stabilität und wirtschaftlichem Handel, üben relevanten politischen Einfluss jedoch nur in sehr geringem Umfang aus. Indien, politisch oft als schlafender Riese in Bezug auf Südostasien wahrgenommen, richtet sein Augenmerk mittlerweile durchaus intensiver in Richtung Osten, hat aber dort noch längst nicht die Bedeutung erreicht, die man angesichts seiner Größe und Wirtschaftskraft vermuten könnte. Dass allein die Furcht vor einem zu einflussreichen China die außenpolitischen Handlungen und Interessen determinieren, ist bei Indien wie auch Japan (derzeit) jedenfalls nicht zu erkennen.

Und Kambodscha? Wie in Vietnam sind in letzter Zeit fast nur Maßnahmen bekannt geworden, die das Ziel hatten, möglichst jede Form von politischer Unabhängigkeit zu unterdrücken. Hun Sen hatte dabei stets innenpolitische Erwägungen auf seiner Agenda, aber plötzlich nehmen die Vorfälle – insbesondere die Repressionen gegen Oppositionsführer Sam Rainsy – internationale Dimensionen an. Bekannt als politischer Überlebenskünstler auf hohem Niveau, hat der Premierminister seine Fähigkeit zu weitsichtigem strategischen Denken in außenpolitischen Fragen noch nicht nachgewiesen. Seine Prinzipien bestehen seit langem darin, bei möglichst allen internationalen Partnern abzukassieren und erzielte Wohlstandsgewinne an seine Gefolgschaft zu verteilen, was bis heute auch bestens funktioniert.

Damit wird es wohl bald vorbei sein, und Hun Sen wird sein Land auf einen eindeutigen Kurs festlegen müssen, denn vor allem die Volksrepublik China wird irgendwann einmal eine politische Dividende für ihre „bedingungslosen“ Transferzahlungen einfordern. Dann wird sich Kambodscha außenpolitisch wohl deutlicher als bisher positionieren müssen. Die Alternative wäre, erneut zwischen allen Stühlen sitzen zu wollen – was aber auch erneut kaum funktionieren dürfte, wie schon ein Blick in die Geschichtsbücher vermuten lässt.

Wem steht Hun Sen also näher, Vietnam oder China? Ist das etwa Kambodschas moderne Gretchenfrage, auf die es eine Antwort zu finden gilt? Oder kommen

sich Peking und Hanoi schon bald wieder näher, weil sie den Drang nach Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie als gemeinsamen Gegner ausgemacht haben, der selbst ihre konfligierenden strategischen Interessen in den Schatten stellt? Noch ist es längst zu früh, um abschätzen zu können, in welche Richtung die Reise letztendlich gehen wird. Chinas großzügig bemessenen Hilfsgelder und Clintons Besuch zeigen aber glasklar, dass der Wettlauf um die Gunst Kambodschas längst eröffnet ist. Dass sich die Amerikaner – anders als im Kalten Krieg und auch anders als im Verhältnis zu einigen islamischen Staaten, die als Verbündete im Kampf gegen den internationalen Terrorismus gebraucht werden – nun aber nicht als Steigbügelalter eines weiteren Autokraten aufführen, dürfte man durchaus mit einiger Erleichterung aufnehmen. Allerdings wäre es für die US-Administration innen- wie außenpolitisch auch ein herber Gesichtsverlust, biederte man sich nun sogar einem solch kleinen, an der gegenwärtigen Peripherie der Weltpolitik gelegenen Staat an.

Betrachtet man die Ausgangsposition der sich ankündigenden Neuordnung politischer Einflussbereiche und außenpolitischer Ausrichtungen in Südostasien, drängen sich für Kambodscha erneut einige historische Parallelen auf. Nach der Unabhängigkeit von Frankreich 1953 gelang es Prinz Norodom Sihanouk mit viel Geschick und großem Verantwortungsgefühl, Kambodscha gut eineinhalb Jahrzehnte aus den gröbsten Wirrungen der Indochinakriege herauszuhalten. Das Modell der „Schweiz Südostasiens“, also Kambodscha als strikt neutraler, aber gleichzeitig unabhängiger und souveräner kleiner Staat, ist heute aber nicht mehr möglich: Hun Sen benötigt für die Aufrechterhaltung seines kostspieligen Machtapparats – eine massiv aufgeblähte Staatsverwaltung mit allein 400 Regierungsmitgliedern und persönlich loyale Sicherheitskräfte – viel Geld, das er ohne ausländische Unterstützung gar nicht auftreiben könnte. Das schafft Abhängigkeiten und Verpflichtungen, die ihm persönlich zunächst nützen, weil sie ihm politisch über den Tag helfen, für sein Land auf längere Sicht aber noch schädlich sein können.

Auch im Moment ist weiterhin davon auszugehen, dass Hun Sens sich weniger der außenpolitischen Zukunft seines Landes verpflichtet fühlt und anstatt dessen weiter seine ganz persönlichen Ziele verfolgen wird. Letztendlich wird er nur auf spürbaren Druck von außen reagieren, den Vietnam und die USA nun behutsam,

aber konsequent aufbauen könnten. Als Erklärung für den Erwerb von 50 Kampf- und 44 Schützenpanzern im September kursierte vor kurzem gar das Gerücht, wonach vom östlichen Nachbarn ein Putsch gegen Hun Sen initiiert werden könnte, wogegen Hun Sen sich schützen wolle. Obwohl der Wahrheitsgehalt dessen eher gering sein dürfte, zeigt allein der Verdacht doch ziemlich deutlich, dass auch in der innerkambodschanischen Wahrnehmung seiner außenpolitischen Verortung einiges in Bewegung geraten ist. Keine Frage: Für Hun Sen brechen ungemütliche Zeiten an.